

# Damokles-Schwert über Tux?

Mit den Münchener Linux-Plänen ist eine Diskussion um die Auswirkung von Software-Patenten entbrannt. Die einen sehen in der geplanten Regelung der EU-Kommission eine Harmonisierung europäischen Rechts. Die anderen eine Katastrophe für die Software-Industrie.

**D**ie Nachricht, München lege Linux auf Eis, hat für gehöriges Rauschen im Fachblätterwald gesorgt. Inzwischen haben sich die Wogen wieder geglättet. OB Christian Ude hat offiziell verkündet, an den Migrationsplänen werde grundsätzlich nicht gerüttelt. Stein des Anstoßes ist eine von der EU-Kommission geplante Regelung zu Software-Patenten. Bei den LiMux-Machern selbst ist die Aufregung nur schwer nachvollziehbar. „Es geht lediglich darum, dass sich das Projekt verzögert,“ erklärt Projektmitarbeiter Peter Hofmann gegenüber Kommune21. „Bevor man den Basis-Client fortschreiben kann, müssen zuerst die rechtlichen Fragen rund um die Software-Patente geklärt werden“, so Hofmann. Es sei von Anfang an unmöglich gewesen, umfassend zu erkennen, welche rechtlichen Auswirkungen das Projekt haben wird.

Ein Rechtsgutachten von einer Anwaltskanzlei für Patentrecht soll nun Licht in den Paragraphenschwung bringen. Das Gutachten, das der Stadt seit kurzem vorliegt, sieht nur geringe Probleme durch Software-Patente für die Hauptbestandteile des Münchner LiMux-Projekts. Die Tücke könnte allerdings im Detail stecken. So befürchtet Wilhelm Hoegner, EDV-Leiter der Stadt München, dass bei

den Eigenentwicklungen der Stadt Trivialpatente greifen könnten. Zudem betreffe die rechtliche Problematik jeden Software-Produzenten und sei also kein spezifisches Linux-Problem. Das noch nicht veröffentlichte Gutachten wird dem Stadtrat in Kürze vorgelegt. Auf dieser Basis soll dann die weitere Marschroute für Tux festgelegt werden. Mitzubedenken wäre dann sicherlich nicht nur die in der Studie festgestellte Paragraphenlage, sondern auch die



Bedroht von Software-Patenten?

Rechtsprechungspraxis. Denn im deutschen Patentrecht und auch in internationalen Patentabkommen ist zwar ausdrücklich festgehalten, dass es für Software keine Patente gibt. Die Praxis der Rechtsprechung sieht aber anders aus. Vom Europäischen Patentamt wurde bisher ohne

rechtliche Grundlage dieses Verbot umgangen. Das Argument lautet, Software steuere Hardware-Funktionen und sei deswegen als computerimplementierte Erfindung anzusehen und somit als Technik patentierfähig. Europaweit existieren bereits rund 25.000 derartiger Patente.

In der Bundesregierung hält man grundlegende Bedenken für unberechtigt. Zumindest was das Justizministerium betrifft. Aus dem Wirtschaftsministerium dagegen sind weitaus kritischere Stimmen zu vernehmen. Justizministerin Brigitte Zypries jedenfalls ließ verlautbaren, es sei kein Fall in Deutschland bekannt, in dem freie Software patentrechtlich belangt wurde. Der Gesetzentwurf des EU-Rats, der eine weitgehende Patentierbarkeit von Computerprogrammen vorsieht, stelle keine Gefahr für die weitere Entwicklung Freier oder proprietärer Software dar. „Die geplante EU-Richtlinie dient lediglich dazu, die Rechtslage im Binnenmarkt der EU auf eine gleiche Basis zu stellen“, betont Ulf Gerder, Pressesprecher im Bundesjustizministerium, gegenüber Kommune21. Vom Horrorszenario, die Richtlinie eröffne ein juristisches Schlachtfeld für Patentanwälte und sei damit hochgradig innovationsfeindlich, hält Gerder nichts.

„Die Gesetzesvorlage zielt gerade gegen eine Amerikanisierung des Patentrechts, mit der selbst triviale Elemente rechtlich geschützt werden können.“ Deswegen habe der Entwurf auch nicht allgemeine Software-Patente zum Gegenstand, sondern befasse sich mit „Patentierbarkeit computer-implementierter Erfindungen“. Wegen dieser neuen Regelung würden nun nicht von heute auf morgen an allen Fronten Patentrechtsstreitigkeiten losbrechen. „Allein Microsoft hat bereits jetzt beim deutschen Patentamt über 5.000 Patente angemeldet. Würden es die Mitbewerber auf rechtliche Auseinandersetzungen anlegen, gäbe es dafür bereits Gelegenheiten genug – was aber offenbar nicht der Fall ist“, argumentiert Gerder.

Bei der Free Software Foundation Europe e.V. (FSF Europe) sieht man das anders. „Vom jetzt vorliegenden Vorschlag der EU-Kommission muss man in jeglicher Hinsicht abraten“, warnt Bernhard Reiter, Vorsitzender der deutschen Sektion der FSF Europe im Gespräch mit Kommune21. „Wichtig bei diesem Thema ist, dass es hierbei nicht nur um Freie Software geht – was allerdings durch die Vorgänge in München in der Öffentlichkeit so dargestellt wurde. Sollte diese Patentregelung kommen, müsste sich jedes Software-Projekt, ob auf Basis von Freien oder proprietären Programmen, die Patentrisikofrage stellen – das wäre für die gesamte deutsche Software-Wirtschaft und auch die Anwender eine Katastrophe.“ Denn mit der aus Sicht von Reiter im Vergleich zu vorausgegangenen Entwürfen der EU-Kommission noch erheblich verschärften Regelung müssten die jeweiligen Rechtsabteilungen gegen einen Wald an Software-Patenten

ankämpfen. Dies würde die Kosten dramatisch in die Höhe treiben und zu weniger Innovationen führen. „Jeder Wirtschaftsraum, in dem diese Innovationsbremse eingesetzt wird, wird Schaden nehmen“, sagt Reiter voraus. Dass die Rechtsunsicherheiten zum Stolperstein für die Münchener Migration wird, glaubt Reiter allerdings nicht. „Die Frage ist, welche Alternative die Stadt hat. Proprietäre Software birgt ja noch mehr rechtliche Gefahren, denn hier kommt noch die Gefahr hinzu, dass undurchsichtige Lizenzregelungen verletzt werden. Dies macht ein Lizenz-Management erforderlich, das wiederum Zusatzkosten nach sich zieht.“ Zum einen würden die negativen Auswirkungen von Patentstreitigkeiten unterschätzt, zum anderen hätte die Anwaltslobby selbst ein (Geschäfts-)Interesse an einer rigiden rechtlichen Lösung.

Mit seiner Kritik steht Reiter nicht allein. Auch aus dem Wissenschaftsbetrieb kommt Einspruch. „Hier wird eine Leitentscheidung getroffen“, sagt Andreas Möglich, Professor für Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule Gelsenkirchen. Möglich wertet derzeit eine von der FH im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums durchgeführte Umfrage zur Auswirkung von Software-Patenten aus. „Wenn diese EU-Richtlinie kommt, was in der Praxis, auch wenn von computer-implementierten Erfindungen gesprochen wird, einer Software-Patentierung gleichkommt, dann werden diese Patente zum Schlüssel für den Markt“, ist sich der Hochschullehrer sicher. Damit würden insbesondere die großen Konzerne, die bereits viele Patente halten, ihre Interessen besser durchsetzen können. Als Verlierer stünden dann



München: Juristischer Beistand für Linux.

laut Möglich gerade die im Open-Source-Markt zahlreich vertretenen kleinen Firmen da. „Mit der vorgesehenen Regelung schwebt ein Damoklesschwert über der Open-Source-Gemeinde. Wird das so umgesetzt, dann haben die Großen gute Karten, diesen Markt zu kontrollieren“, sagt der Wirtschaftsjurist voraus.

Ob sich die Sicherheit, in der sich die Münchner wiegen, als eine trügerische erweist, wird sich zeigen. „Das wurde alles ziemlich hoch gekocht“, zeigt sich der Münchner Linux-Experte Hofmann von der Diskussion unbeeindruckt. Mit der in München angefachten Diskussion um die Software-Patente ragt aber offenbar nur die Spitze des Eisbergs aus der Isar. In München geht es um die Umstellung von ein paar Tausend Rechnern, in Berlin und Brüssel um eine Weichenstellung für die europäische IT-Branche.

Udo Renner